

Mirja A. Trilsch

Die Justiziabilität  
wirtschaftlicher, sozialer und  
kultureller Rechte  
im innerstaatlichen Recht

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Teil: Ausgangslage.....	5
<b>Kapitel 1: Einführung</b> .....	5
A. Definitionsansätze .....	6
I. Die historische Entwicklung: Drei Generationen von Menschenrechten .....	6
II. Inhalt und Funktion der Rechte: Zwei Kategorien von Menschenrechten .....	10
III. Interdependenz und Unteilbarkeit der Menschenrechte.....	14
B. Die völkerrechtlichen Grundlagen .....	17
I. Der UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) .....	17
1. Entstehung und Verhältnis zum ICCPR .....	17
2. Die geregelten Rechte im Überblick .....	20
3. Die Vorschrift des Art. 2 Abs. 1: Die progressive Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Rechte.....	23
II. Die Europäische Sozialcharta .....	30
1. Entstehung der ESC .....	30
2. Die Regelungen im Einzelnen.....	33
III. Soziale Rechte in der Europäischen Grundrechtecharta.....	34
1. Der Diskussionsprozess im Konvent .....	34
2. Fixierung sozialer Rechte in der Grundrechtecharta.....	37
3. Rechtsverbindlichkeit der Charta.....	41
C. Im Zentrum der Diskussion: Die Frage der Justiziabilität.....	44
I. Rechtscharakter der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte .....	45
II. Stand der Diskussion.....	47
1. Justiziabilität – eine Begriffsklärung.....	47
2. Justiziabilität auf völkerrechtlicher Ebene.....	49
a) Das Kollektivbeschwerdeverfahren der ESC.....	50
b) Das Fakultativprotokoll zum ICESCR.....	55
aa) Entstehungsgeschichte.....	55

bb) Das Individualbeschwerdeverfahren nach dem Fakultativprotokoll (OP-ICESCR).....	58
cc) Ausblick .....	62
3. Justiziabilität auf innerstaatlicher Ebene.....	64
a) Legitimitätsfragen .....	65
b) Kompetenzfragen.....	68
D. Zwischenergebnis .....	71

## **Kapitel 2: Die Rolle wirtschaftlicher und sozialer**

<b>Rechte im deutschen (Verfassungs-) Recht.....</b>	<b>73</b>
A. Bestandsaufnahme.....	73
I. Soziale Rechte im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes ....	73
1. Die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes.....	73
2. Verfassungsreformdiskussion .....	75
3. Der „soziale Gehalt“ einzelner Rechte .....	78
II. Soziale Rechte in den Verfassungen der Bundesländer.....	80
III. Die einfachgesetzliche Verankerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte.....	83
B. Möglichkeiten zur subjektiv-rechtlichen Ausgestaltung wirtschaftlicher und sozialer Rechte.....	84
I. Gründe für ihre Anerkennung als subjektive Rechte .....	84
II. Option A: Die ausdrückliche Anerkennung im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes .....	89
1. Abgeschlossenheit des Grundrechtskataloges? .....	90
2. Vereinbarkeit sozialer Grundrechte mit den grundlegenden Vorgaben des GG.....	91
3. Art und Umfang möglicher Regelungen.....	94
a) Das Recht auf Arbeit .....	96
b) Das Recht auf soziale Sicherheit .....	97
c) Das Recht auf Bildung.....	100
III. Option B: Unmittelbare Anwendbarkeit der völkerrechtlichen Bestimmungen .....	103
1. Voraussetzungen für die unmittelbare Anwendbarkeit ...	104
2. Analyse anhand der Regelungen der ESC .....	107
3. Analyse anhand der Regelungen des ICESCR.....	112
IV. Option C: Anknüpfung an die vorhandenen Verfassungsvorgaben.....	117
1. Bedeutung und Grenzen des Sozialstaatsprinzips.....	117
a) Zur Funktion von Staatszielbestimmungen .....	118
b) Inhalt des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz .....	119
2. Die Menschenwürde.....	126

- a) Die Bedeutung der Menschenwürde in der deutschen Rechtsordnung ..... 126
- b) Die Verknüpfung von Art. 1 Abs. 1 GG mit anderen Verfassungsprinzipien ..... 130
- c) Der Menschenwürdegehalt wirtschaftlicher und sozialer Rechte..... 132
- 3. Das mögliche Zusammenwirken von Sozialstaatsprinzip und Menschenwürde ..... 136
  - a) Die Sicherung individuellen und sozialen Lebens..... 136
  - b) Die erforderliche Eingriffsintensität..... 138
  - c) Ausdehnung des bisherigen Schutzniveaus?..... 140
  - d) Umgehung der Entscheidung des Verfassungsgesetzgebers? ..... 141
- C. Zwischenergebnis ..... 143

**2. Teil: Wirtschaftliche und soziale Rechte in anderen Verfassungsordnungen ..... 145**

**Kapitel 3: Die *Charte Québécoise* ..... 145**

- A. Grund- und Menschenrechte im kanadischen Föderalstaats-system ..... 145
  - I. Die zwei Ebenen des Menschenrechtsschutzes..... 145
  - II. Das Verhältnis der *Charte Québécoise* zur *Canadian Charter* ..... 147
  - III. Der Stellenwert der *Charte Québécoise* im Normengefüge der Provinz Québec ..... 148
- B. Wirtschaftliche und soziale Rechte in der *Charte Québécoise*.... 150
  - I. Entstehungsgeschichte der *Charte Québécoise*..... 150
  - II. Die Ausgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte in der *Charte Québécoise* ..... 153
    - 1. Inhalt und Formulierung..... 153
    - 2. Rang in der Normenhierarchie ..... 155
    - 3. Zugrundeliegende Gesetzssystematik ..... 157
    - 4. Konsequenzen der Systematik..... 159
    - 5. Horizontale Wirkung der Chartarechte..... 161
  - III. Rechtsmittel und -wege im Falle der Verletzung eines Chartarechts..... 162
- C. Die Rechtsprechung..... 164
  - I. Rechtsstreitigkeiten zwischen Privatpersonen ..... 164
  - II. Wirtschaftliche und soziale Rechte im Verhältnis zum Staat ..... 167

1. Die tendenzielle Ablehnungshaltung der Gerichte .....	167
2. Wichtige Einzelfälle .....	170
a) Der Fall <i>Johnson</i> .....	170
b) <i>Perreault c. Gratton</i> .....	174
c) Der Fall <i>Gosselin</i> .....	175
aa) Fakten und rechtlicher Kontext .....	176
bb) Bedeutung .....	180
D. Zwischenergebnis .....	186
<b>Kapitel 4: Die Verfassung von Südafrika .....</b>	<b>189</b>
A. Die Entstehungsgeschichte der südafrikanischen Verfassung .....	190
I. Der historische und politische Kontext .....	190
II. Die Interimsverfassung von 1994 .....	192
1. Anhang IV: Die Constitutional Principles .....	193
2. Die Schaffung des südafrikanischen Verfassungsgerichts .....	195
III. Die Verfassung(en) von 1996 .....	197
1. Die Zertifizierung der endgültigen Verfassung durch das südafrikanische Verfassungsgericht .....	198
2. Die Charakteristika der endgültigen Verfassung .....	200
a) Der Vorrang der Verfassung .....	200
b) Der Grundrechtskatalog .....	202
c) Das Verhältnis zum internationalen und ausländischen Recht .....	205
B. Wirtschaftliche und soziale Rechte in der südafrikanischen Verfassung .....	207
I. Die Diskussionen im Vorfeld .....	207
II. Die Zertifizierung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte .....	210
III. Die Regelungen im Einzelnen .....	215
C. Die Interpretation durch das südafrikanische Verfassungsgericht .....	217
I. <i>Soobramoney</i> – Section 27: Health Care .....	218
II. <i>Grootboom</i> – Section 26: Housing .....	224
III. <i>Treatment Action Campaign</i> – Section 27: Health Care .....	233
IV. Weitere Fälle im Überblick .....	242
D. Zwischenergebnis .....	245

**3. Teil: Auswertung** ..... 247**Kapitel 5: Systemvergleich** ..... 247

A. Der Stellenwert der wirtschaftlichen und sozialen Rechte im Vergleich.....	249
I. Die Verankerung der Rechte im Verfassungsgefüge.....	249
II. Die Ausgestaltung der Rechte im Vergleich.....	252
B. Folgerungen für ein theoretisches und dogmatisches Konzept...	254
I. Der grundrechtstheoretische Ansatz .....	254
1. Grundrechte vs. Staatenverpflichtungen.....	255
2. Offenheit gegenüber dem internationalen und ausländischen öffentlichen Recht .....	259
a) Die Berücksichtigung internationaler Menschenrechtsstandards.....	260
b) Vergleichende Berücksichtigung ausländischer Rechtsprechung.....	266
3. Sonstige Interpretationsmethoden.....	269
II. Der grundrechtsdogmatische Ansatz.....	274
1. Grundrechtsfunktionen.....	274
a) Die Einteilung im deutschen Verfassungsrecht.....	274
b) Die Rechtsprechung in Québec und Südafrika.....	277
2. Die Frage der Justiziabilität .....	280
C. Zwischenergebnis.....	283

**Kapitel 6: Die Dogmatik der wirtschaftlichen und sozialen Rechte** ..... 285

A. Schutzbereichsbestimmung.....	285
I. Das Schutzgut.....	285
II. Gewährleistungen in Bezug auf das Schutzgut.....	286
III. Präzisierung der Gewährleistungen?.....	289
IV. Anknüpfungspunkte im deutschen Verfassungsrecht .....	294
1. Einstandspflicht des Staates.....	294
2. Grundrechtlicher Minimalstandard.....	302
V. Gleichbehandlungsaspekte .....	304
B. Eingriff bzw. Beeinträchtigung .....	309
I. Definition.....	309
II. Die Eingriffskonstellationen.....	311
1. Beeinträchtigung durch eine staatliche Maßnahme.....	311
2. Beeinträchtigung durch Verletzung einer staatlichen Einstandspflicht .....	315
III. Anknüpfungspunkte im deutschen Verfassungsrecht .....	323

C. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.....	326
I. Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers und der Exekutive.....	328
1. Begründung .....	329
2. Anwendung und Inhalt .....	334
3. Grenzen des gesetzgeberischen Beurteilungsspielraumes.....	341
4. Die Implementierung von Konkretisierungsgesetzen .....	349
II. Gesetzesvorbehalt.....	355
III. Ressourcenknappheit als verfassungsrechtliche Schranke.....	358
1. Berücksichtigung fiskalpolitischer Gesichtspunkte durch die Rechtsprechung.....	360
2. Der Vorbehalt des (finanziell) Möglichen.....	364
a) Inhalt und Bedeutung .....	364
b) Anspruch auf Erweiterung der Ressourcen? .....	369
3. Dogmatische Qualifizierung des Vorbehalts .....	372
IV. Progressive Verwirklichung.....	374
V. Kollidierendes Verfassungsrecht .....	377
VI. Schranken-Schranken.....	379
1. Verhältnismäßigkeit .....	379
a) Verhältnismäßigkeit bei Abwehrkonstellationen .....	380
b) Verhältnismäßigkeit bei Teilhabekonstellationen .....	381
c) Verhältnismäßigkeit bei Leistungskonstellationen: Beeinträchtigung durch eine staatliche Maßnahme ...	385
d) Verhältnismäßigkeit bei Leistungskonstellationen: Verletzung einer staatlichen Einstandspflicht.....	388
aa) <i>Der test of reasonableness</i> .....	388
bb) Das Untermaßverbot .....	395
e) Zusammenfassung.....	397
2. Ressourcenknappheit.....	398
3. Wesensgehaltsgarantie .....	400
a) Die Wesensgehaltsgarantie im Grundgesetz .....	400
b) Der Wesensgehalt wirtschaftlicher und sozialer Grundrechte .....	404
4. Verbot des Rückschritts?.....	408
5. Das Prinzip der faktischen Gleichheit.....	411
D. Rechtsfolgen einer Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten.....	415
I. Leistungstitelgewährung? .....	418
II. Anordnungsalternativen .....	423
1. Die „supervisory jurisdiction“ .....	424
2. Die Pflicht zur Nachbesserung von Gesetzen.....	426

3. Die Problematik der gleichheitswidrigen Begünstigung .....	429
E. Zwischenergebnis .....	432
<b>Kapitel 7: Folgerungen</b> .....	<b>435</b>
A. Grundlagen für verfassungsmäßig garantierte wirtschaftliche und soziale Rechte .....	435
I. Drei Thesen für ein grundrechtstheoretisches Konzept .....	436
1. Die Theorie von der Nicht-Justiziabilität sozialer Grundrechte ist überholt .....	436
2. Der objektiv-rechtliche Ansatz wird zu einem subjektiv-rechtlichen Ansatz .....	438
3. Soziale Grundrechte haben „von unten“ Einlass ins GG gefunden .....	440
II. Drei Thesen für ein grundrechtsdogmatisches Konzept .....	443
1. Grundrechtskategorien sind nicht mit Grundrechtsfunktionen gleichzusetzen .....	443
2. Die grundrechtliche Leistungsfunktion erfordert eine modifizierte Dogmatik .....	445
3. Das BVerfG hat die wesentlichen dogmatischen Ansätze bereits gefunden .....	447
B. Anerkennung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten im deutschen Recht .....	449
I. Erkenntnisse für die bereits vorgestellten Optionen .....	449
1. Option A: Ausdrückliche Anerkennung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten .....	449
a) Vorteile .....	449
b) Nachteile .....	451
2. Option B: Unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Regelungen .....	453
a) Vorteile .....	453
b) Nachteile .....	454
3. Option C: Das Sozialstaatsprinzip als Anknüpfungspunkt .....	456
a) Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Sozialstaatsprinzips .....	456
aa) Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips .....	457
bb) Öffnung für das internationale und ausländische öffentliche Recht .....	459
b) Art und Umfang des Schutzes .....	460
aa) Das Konzept des <i>minimum core content</i> .....	461



bb) Problem: Die schrankenlose Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte.....	464
II. Alternativen – Kombinierung der Optionen.....	465
1. Ausdrückliche Anerkennung der völkerrechtlichen Verpflichtungen.....	466
2. Ausdrückliche Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips .....	467
III. Stellungnahme.....	468
C. Schlussbemerkung.....	473
<b>Nachtrag zum aktuellen Stand der Rechtsprechung.....</b>	<b>475</b>
A. Das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.....	475
I. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums .....	476
II. Der verfassungsrechtliche Kontrollmaßstab .....	479
III. Die verfassungsrechtliche Beurteilung der Hartz IV-Regelsätze .....	481
IV. Auswertung unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Arbeit.....	485
B. Südafrika: Der Phiri Water Case .....	489
I. Die Fakten und der rechtliche Kontext .....	489
II. Die Entscheidungsgründe.....	491
III. Auswertung.....	494
C. Kanada: Obdachlosigkeit vor Gericht.....	497
<b>Summary.....</b>	<b>505</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>513</b>
<b>Verzeichnis der wichtigsten ausländischen Entscheidungen.....</b>	<b>549</b>
I. Québec/ Kanada .....	549
II. Südafrika.....	550
<b>Sachregister.....</b>	<b>553</b>